

Heiner Ganßmann

---

## Soziale Sicherheit als Standortproblem

### 1. Deutsche Unsicherheiten

Wie überall, so gibt es auch in Deutschland Personen, deren Handeln und Entscheiden verbindliche, weitreichende und durchsetzbare Folgen für eine Mehrheit anderer Personen in einem gegebenen sozialen, staatlichen, territorialen Umkreis hat. Nennen wir sie der Kürze halber Eliten, wobei hier nicht von kulturellen oder wissenschaftlichen, sondern nur von den Eliten in der Politik und der Wirtschaft die Rede sein soll. Der frühere französische Minister Chevènement hat kürzlich in einem Interview zu den deutsch-französischen Beziehungen daran erinnert, daß die deutschen Eliten schon mehrmals bei der Bewältigung von Problemen versagt haben, die mit dem gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß einhergehen. So in der Weimarer Zeit:

»Die deutschen Eliten - in ihrem Rausch des Irrationalismus und ihrer Ideologie einer konservativen Revolution - haben, in ihrer Mehrheit, die Nation verraten aus Panik vor der Demokratie, und diese Panik kommt tief aus dem 19. Jahrhundert.«

Interessant an dieser Außenbeschreibung ist, daß Chevènement das Handeln der deutschen Eliten in einer Zeit, die wir gewöhnlich als eine des exzessiven Nationalismus wahrnehmen, als Verrat an der Nation beschreibt. Gegenwärtig sieht er folgendes Risiko:

»Deutschland ist heute in der Lage - und es scheint davor nicht einmal auf der Hut zu sein -, in Europa und insbesondere in Frankreich sein Modell durchzusetzen: Marktwirtschaft, Konkurrenzfähigkeit, erhoben zur höchsten Instanz der menschlichen Gesellschaft, Konsenszwang, eine Politik, die auf die technische Verwaltung von Problemen reduziert ist, Hierarchisierung der Staaten nach Maßgabe ihres jeweiligen Reichtums.« (Die Zeit, 2.8.96, S. 40)

Im folgenden interessieren mich die zur Zeit ablesbaren, deutschlandinternen Kosten dieses »Modells«, die die Frage aufwerfen, ob man das Handeln der deutschen Eliten angesichts der aktuellen Probleme in Politik und Wirtschaft optimistischer beurteilen kann als die Erfahrungen aus der Vergangenheit nahelegen, an die Chevènement aus der Außenperspektive erinnert, ob man nun so große Worte wie »Verrat« und »Nation« wählen will oder nicht.

Die gegenwärtige bundesdeutsche wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion trägt alle Züge einer fehlgeleiteten gesellschaftlichen Selbstalarmierung. Politische Aufgeregtheiten stehen in schroffem Gegensatz zu der fast bedrückenden Stabilität in den großen Entwicklungslinien dieser Gesellschaft. Natürlich ändert sich - nicht zuletzt einigungsbedingt - auch auf der Ebene der »fundamentals« langsam einiges. Aber nichts, was die Hysterie der Standortdebatte, die Aufgeregtheiten um eine »Steuerreform«, die ihren Namen nicht verdienen wird, oder die schrillen sozialpolitischen Gesamt- und Teildiskussionen um »Gesundheitsreform«, »Sicherheit« der Renten, Sozialhilfemißbrauch usw. usf. rechtfertigen könnte. Es gibt in der Tat mindestens zwei stabile, negative Trends, die eine aufgeklärte und öffentliche Dauerdiskussion und Gegenmaßnahmen verdienen, aber nicht bekommen: das unaufhaltsame Steigen der Massenarbeitslosigkeit und ein zunehmend unseriöses staatliches Finanzgebaren, das auf eine Mischung aus deflationär wirkenden Kürzungen und einer rapiden Erhöhung der Staatsverschuldung hinausläuft. Bis 1991 war die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland langsam von ihrem Höchststand von 1985 (2,3 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt) wieder auf 1,7 Millionen Arbeitslose gefallen. Seitdem steigt sie - verstärkt durch den Beitrag der Neuen Länder - unaufhaltsam auf neue Rekordniveaus. Der Bundeswirtschaftsminister erwartet für 1997 im Jahresdurchschnitt einen Bestand von 4,2 Millionen Arbeitslosen. Rekordverdächtig entwickelt sich auch die Staatsverschuldung.

»Ende 1995 waren die öffentlichen Haushalte mit knapp 2 Billionen DM verschuldet. Gegenüber 1990, dem Jahr der Vereinigung, hat sich der Schuldenstand nahezu verdoppelt. Damit verbunden war ein rasanter Zuwachs der Zinslasten: Im Jahr 1990 gaben Bund (einschließlich Sondervermögen), Länder und Gemeinden 65 Mrd. DM aus, um ihren Zinsverpflichtungen nachzukommen, 1995 waren es bereits 128 Mrd. DM; inzwischen muß jede sechste Mark des Steueraufkommens für den Zinsendienst aufgewendet werden (1990: 12,3 v.H.)« (Teichmann/Vesper, DIW 35/96)

Beide Negativtrends werden als Themen der öffentlichen Diskussion jedoch eher mißbraucht als kompetent analysiert: Die Arbeitslosigkeit dient zur Rechtfertigung politischer Entscheidungen (z.B. im sog. Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz), die den Preis der Arbeitskraft und die Kosten der Arbeitslosigkeit vermindern sollen, aber zugleich noch mehr Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Der rapide Anstieg der Staatsverschuldung soll immer wieder ein staatliches Finanzgebaren legitimieren, das nach Hausväter-Art auf sinkende Einnahmen mit Ausgabenkürzungen reagiert. Die Kürzungen rennen den hauptsächlich durch Arbeitslosigkeit bedingten Einnahmeausfällen jedoch immer wieder hinterher. Das Problem, das gelöst werden soll, verschärft sich: Die Schulden und die dazugehörigen Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte steigen weiter.

Was kann man daraus lernen? Offenbar nichts. Die resistente, weder von Erfahrungen noch von Argumenten angreifbare Unbelehrbarkeit, mit der

angesichts dieser Probleme die gleichen Rezepte überparteilich, allorts und immer wieder angeboten werden, ist das eigentlich Überraschende an der bundesdeutschen wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion.

Was steckt hinter dieser Verstocktheit? Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder sind die Diskutanten in der Politik, den Medien und der Wissenschaft intellektuell überfordert und können deshalb nicht mit Problemen fertig werden, die den gedanklichen Horizont eines treusorgenden Hausvaters überschreiten. Oder sie sind moralisch überfordert, geschlagen mit interesseninduzierter Blindheit, und müssen deshalb all diejenigen Erfahrungen oder Argumente, die die eigene Vorteilsnahme behindern könnten, stramm ignorieren. Beide Möglichkeiten sind gleichermaßen gruselig. Daß man von seiten der bundesdeutschen politischen und wirtschaftlichen Führungsgarnituren nicht mehr als interessegeleitetes Handeln erwarten kann, ist normal und erhöht in wünschenswerter Weise die Kalkulierbarkeit. Problematisch ist interessegeleitetes Handeln auf zunehmend subrationalem Niveau. Wenn z.B. Unternehmer, ihre Verbände und ihre Repräsentanten in der Politik und den Medien den Chor von der »unerträglichen Steuerbelastung« singen, ist es weniger wichtig, ob dabei - angesichts einer seit Jahrzehnten stabilen gesamtwirtschaftlichen Steuerlastquote<sup>1</sup> - Ignoranz dominiert oder schlicht gelogen wird. Die Interessenlage ist eindeutig. Wer Gewinne maximieren will, wird über Kosten jammern, ob sie nun in der Form von Steuern oder von Löhnen anfallen. Wichtig ist, daß offenbar innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Elite (zu der ja auch die Führungen der Opposition, der Medien, der Gewerkschaften usw. gehören) niemand mehr in der Lage ist, deutlich und öffentlich hörbar darauf hinzuweisen, daß die (durchschnittliche) Steuerbelastung der Unternehmen seit 1982 stetig sinkt (Schäfer 1996) und im internationalen Vergleich, wenn man nicht nominale Spitzensteuersätze, sondern die effektive Steuerbelastung vergleicht, eher niedrig ist (Köddermann 1996, Sarrazin 1996). Noch wichtiger ist, daß in dieser selbstauferlegten Ignoranz politische Entscheidungen gefällt werden, die auf Phantomprobleme reagieren. In ihrem kollektiven Selbstbedienungswahn geht den Eliten offenbar der Kontakt zur Realität zunehmend verloren. Angesichts früherer deutscher Erfahrungen mit Eliteversagen ist es vielleicht nicht unberechtigt, solche Vorgänge als riskant einzustufen. Wenn die Erträge ausbleiben, wenn der gegenwärtig

---

1 Die Steuereinnahmen in Prozent des Bruttonettoprodukts schwanken seit den 60er Jahren um 23%, zwischen 22,4% (das war der Minimalwert von 1990, vor der Vereinigung) und 25% (der Maximalwert von 1977). Der Wert für 1996 beträgt 22,7%. Dabei ist die Lohnsteuerbelastung kontinuierlich angestiegen (in der Ära Kohl von 7,8% des BSP 1982 auf 8,2% 1995) und die Belastung durch veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer ist kontinuierlich zurückgegangen (von 1982: 3,3% auf 1995: 0,9%) (BMAS 1996, Tab. 1.23: Steuerquoten)

ingeschlagene wirtschafts- und sozialpolitische Kurs platzt, der unter den Etiketten von Standortproblem, Globalisierung, Konkurrenzfähigkeit, Deregulierung, Eigenverantwortlichkeit usw. auf eine erbarmungslose Umverteilung von unten nach oben hinausläuft, wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, daß jene Eliten nüchtern und rational reagieren? Weggefallen ist wahrscheinlich die Option des Rückfalls in die alten Muster deutsch-nationalen Größenwahns - dagegen hilft die Export-Import-Verflechtung. Aber ansonsten ist zwischen den Polen eines verschämten Abschieds von den halbherzig adaptierten Traditionen westlicher Demokratie einerseits und dem zwanghaften Kopieren der Yuppie-Aspekte des amerikanischen Kapitalismus andererseits alles möglich.

Im folgenden geht es mir darum, die aktuellen Probleme der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik genauer zu bestimmen und zu beschreiben, wie die politischen und wirtschaftlichen Hauptakteure auf die damit verbundenen Herausforderungen reagieren. Unternehmen und ihre Interessenvertreter einerseits, die überwiegende Mehrheit der »politischen Klasse« andererseits sind dabei, die in der bundesrepublikanischen Vergangenheit recht erfolgreiche institutionelle Konstellation des Zusammenspiels von Staat und Wirtschaft zu zerstören. Insbesondere möchte ich zeigen, daß die Einigungs- bzw. Aufbaukosten in den neuen Bundesländern und die geld- und fiskalpolitisch induzierte, überhohe Arbeitslosigkeit die wirtschaftlichen Hauptprobleme darstellen, aber natürlich gesehen werden müssen vor den Hintergrundproblemen des demographischen Wandels in Richtung einer Alterung der Bevölkerung, des strukturellen Wandels in der Wirtschaft in Richtung einer postindustriellen Gesellschaft, der Globalisierung und der Versuche zur europäischen Integration.

## 2. Kapitalismus und Sozialstaat: ein wenig Theorie

Eine kapitalistische Ökonomie läßt sich als eine Art Gesellschaftsspiel auffassen, das im wesentlichen zwei Sorten Spieler umfaßt, Kapitaleigentümer<sup>2</sup>, Unternehmer, Manager auf der einen, Lohnabhängige auf der anderen Seite. Das Spiel ist einerseits kooperativ: es geht darum, die Produktionsfaktoren koordiniert einzusetzen und mit den Produktionsergebnissen Erfolge am Markt zu erzielen, wobei der Erfolg durch Absatz und Gewinn automatisch gemessen wird. Andererseits ist das Spiel nicht-kooperativ: Die Verteilung der Netto-Produktionsergebnisse (abzüglich der Inputersatzleistungen) ist Gegenstand eines Dauerkonflikts, der sich im wesentlichen

---

2 Der Einfachheit halber unterstelle ich hier eine Spielerkoalition zwischen Kapitaleignern und Unternehmern. Das ist nicht immer zweckmäßig, weil die Rentiereinkommen der Vermögensbesitzer die Handlungs- und Einkommenschancen der Unternehmer beschränken können (und umgekehrt).

um die relativen Anteile von Löhnen und Gewinnen dreht und dessen Ausgang in dynamischer Perspektive (Przeworski/Wallerstein 1982; 1988) zugleich darüber bestimmt, welche Wachstumspotentiale für die kapitalistische Ökonomie über das Wachstum ihrer Elemente, der Unternehmen, bestehen. Hier liegen wiederum Beweggründe für Kooperation: solange Gewinne nicht verbraucht oder exportiert, sondern investiert werden, können sie über das Wachstum in späteren Spielrunden allen zugutekommen, auch den Lohnabhängigen oder wer immer sonst an den Spielergebnissen partizipiert. Es gibt also einen Trade-off zwischen Gegenwartsverbrauch und höherem Zukunftsverbrauch - einschließlich der mit der Zeitverschiebung der Zuteilungen verbundenen Risiken, in der Zwischenzeit ausmanövriert zu werden.

Was hat das alles mit dem Sozialstaat zu tun? Das Kapitalismus-Spiel involviert nicht die ganze Gesellschaft, sondern findet in einem gesellschaftlichen Kontext statt, den man zunächst einfach so betrachten kann: Nicht jeder kann/darf/muß bei dem Spiel mitmachen. So liegt die gegenwärtige Erwerbsquote in Deutschland bei 47%, d.h. eine knappe Majorität der Bevölkerung spielt von vornherein nicht mit. Hinzu kommen auf knapp 35 Mill. Erwerbstätige z.Z. durchschnittlich 4,2 Millionen Arbeitslose, die gern mitspielen würden, deren Arbeitskraft aber zumindest vorübergehend nicht nachgefragt wird. Auch die, die nicht mitspielen, müssen/sollen/ können jedoch aus den Spielerträgen wirtschaftlich versorgt werden, da es außerhalb des Kapitalismus-Spiels nur noch sehr beschränkte und unzureichende Wege des Zugangs zu wirtschaftlichen Ressourcen gibt (etwa in Form von hauswirtschaftlichen Subsistenzökonomien, des informellen Sektors). Der Sozialstaat ist eine Form, den Zugang der Nicht-Spieler zu ökonomischen Ressourcen zu organisieren. Der moderne Sozialstaat hat dabei etwas mit Demokratie zu tun, auch wenn seine deutsche Entstehungsgeschichte unter Bismarck das nicht vermuten läßt. Die Nicht-Spielerinnen können in einer Demokratie vergleichsweise leicht politische Ressourcen (Wählerstimmen, Loyalität, Legitimation) mobilisieren, um über die Politik in das Kapitalismus-Spiel zu intervenieren. Die Interventionsmöglichkeiten sind vielfältig, von Regelungen, wer mitspielen darf/ muß, bis zur Ressourcenabfuhr durch Steuer- und Transfersysteme. Man kann die Abhängigkeit des Kapitalismus-Spiels von seinem gesellschaftlichen Kontext einfach so charakterisieren: Die Mitspielerinnen müssen den Nicht-Spielern die Zustimmung zur Fortführung des Spiels abkaufen. Das Spiel ist zustimmungspflichtig, weil es negative externe Effekte in Form vielfältiger Belastungen der natürlichen und der sozialen Umwelt der Ökonomie hat. Wichtig ist dabei zunächst die Grenzziehung zwischen Spielerinnen und Nichtspielern, die über die Festlegung der Bedingungen und zeitlichen Struktur von Erwerbseintritt, -beteiligung, -austritt in Arbeitslosigkeit oder Bankrott, Ver-

rentung usw. vorgenommen wird. Sodann geht es um die Formen, Bedingungen und das Ausmaß des Ressourcenzugriffs. Welche persönlichen und sachlichen Ressourcen werden für das Kapitalismus-Spiel zur Verfügung gestellt, wie werden sie umgeformt, wer partizipiert wie an den Ergebnissen des Spiels? Dabei sind die Nicht-Spielerinnen nicht einfach nur auf »spill-over« oder »trickle-down«-Effekte angewiesen. Vielmehr gilt: je mehr (politisch gestützte) Veto-Macht die Nicht-Spieler haben (oder glaubhaft machen können), um so günstiger für ihren Anteil an den im Kapitalismus-Spiel produzierten Ressourcen. Auch für die Nicht-Spielerinnen gilt jedoch, was für die Akteure im Spiel selbst gilt: Man soll die Kuh, die man melken will, nicht von der Weide jagen. D.h. es gibt auch bei der Festlegung des von den Nicht-Spielern angezielten Ressourcenanteils ein (dynamisches) Optimierungsproblem. Wenn sie dem Spiel jetzt zu viele Ressourcen entziehen, wirft es in Zukunft weniger ab.<sup>3</sup> Auf der andern Seite gilt für die Spielerinnen, daß sie die Spielerlaubnis möglichst billig erwerben wollen. Komplikationen entstehen dadurch, daß aus den Mitgliedern der zahlenmäßigen Hauptklasse der gegenwärtigen Spieler, den Lohnabhängigen, mit hoher Wahrscheinlichkeit (auch gemäß der je eigenen Lebensplanung) zukünftig Sozialstaatsklienten werden, vordringlich als Rentner, aber auch als Arbeitslose, Kranke oder Invaliden. Für die Lohnabhängigen haben demgemäß die Zahlungen an die Nicht-Spieler nicht nur den Charakter von »Stillhalteprämien«, sondern zugleich den von »Versicherungsprämien« gegen das Risiko des Einkommensverlustes bei Nichtverkauf ihrer Arbeitskraft.<sup>4</sup> Die Unternehmen haben hingegen wenig Grund zu einer derartigen Ambivalenz: Zahlungen an Nicht-Spieler sind Kosten, die es möglichst zu reduzieren gilt.<sup>5</sup>

Was hat das alles mit Deutschland und seinen aktuellen wirtschaftlichen und politischen Problemen zu tun? Zunächst will ich mit dieser allgemeinen Charakterisierung des Sozialstaats verdeutlichen, daß er, in der Konstellation von Kapitalismus und Demokratie, eine tragende Kompo-

- 
- 3 Dabei kommen die je nach Lebensperspektive unterschiedlichen Zeithorizonte zur Geltung. So könnte man einen Alten-Bias in der Verteilung dadurch erklären, daß rationale Rentner zu »bang-bang-Solutions« tendieren, d.h. sich eher für radikale, kurzfristige Interessenwahrnehmung stark machen, weil für sie die Rentensituation der nächsten oder übernächsten Generation gleichgültig ist.
  - 4 Da eine nach wie vor relevante, wenngleich beschränkte, Alternative zur sozialstaatlich organisierten Versorgung der Nichtspieler deren Versorgung über die Familie ist, gibt es eine weitere Differenz in den Interessenlagen von Unternehmen und Lohnabhängigen gegenüber den Nichtspielern: Unternehmen haben keine kranken Großmütter und keine arbeitslosen Söhne, müssen also nicht befürchten, bei Wegfall der staatlich organisierten Sicherung unmittelbar in anderer Form belastet zu werden.
  - 5 Dies gilt unbeschadet der Tatsache, daß es einen »wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik« (vgl. Vobruba 1989) in der Form gibt, daß sozialstaatliche Sicherungssysteme aus vielerlei Gründen (Arbeitsverhalten, Lohnformen, Konflikthäufigkeit und -regulierung) Effizienz- und Produktivitätsgewinne für die Unternehmen mit sich bringen können.

nente der meisten modernen Gesellschaften ist<sup>6</sup>. Es gibt eine funktionale Komplementarität von kapitalistischer Ökonomie und Sozialstaat, aber daraus bezieht letzterer keine Stabilität. Das Ausmaß, in dem eine Entlastung der kapitalistischen Ökonomie durch politisch organisierte Ressourcentransfers erforderlich ist, ist immer wieder umstritten, nicht nur, weil die entsprechende Einschätzung von gegensätzlichen Interessenlagen abhängt, sondern auch weil für dieses Ausmaß ausschlaggebende Faktoren, wie die Höhe des Wohlstandsniveaus und zyklische wie überzyklische Wachstumsgeschwindigkeiten, variieren. Zugleich wirken frühere Entscheidungen in der Form von institutionellen Verankerungen fort, die eine Pfadabhängigkeit der sozialstaatlichen Entwicklung bewirken. Ein einmal aufgebauter Sozialstaat schafft neue Interessenlagen und Ressourcen, die es verbieten, den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Institutionen spiegelbildlich zum Aufbau zu sehen (Pierson 1995). Die Wege des Abbaus müssen offenbar verschlungener sein als die des Aufbaus, weil das Verhältnis zwischen den Verlierern und den Gewinnern bei der Einführung sozialer Sicherungen zahlenmäßig und von der Durchsichtigkeit her anders gebaut ist als bei ihrem Abbau. In Deutschland ergab sich für den Abbau, der für einige wichtige Teilnehmer am Kapitalismus-Spiel immer auf dem Programm steht, eine besonders günstige Gelegenheit durch das relativ plötzlich auftretende Problem, den Transformationsprozeß der ehemaligen DDR in Form einer Angleichung an die wirtschaftlichen und politischen Institutionen und Verhältnisse der alten Bundesrepublik politisch zu organisieren.

### **3. Ein Rückblick auf den Einigungsprozeß**

Unter den Rezepten, die nach 1989 für die Transformation der realsozialistischen Ökonomien in kapitalistische angeboten wurden, spielte die sog. Schocktherapie die prominenteste Rolle. Ihre ersten Schritte sollten in der Freigabe der Preise, begleitet von der Öffnung des Außenhandels und der Einführung einer konvertiblen Währung bestehen. Darauf sollte eine rigide Geld- und fiskalische Stabilisierungspolitik folgen, von der man sich eine Eindämmung des durch die Preisfreigabe eingeleiteten Inflationsdrucks versprach. Die Geldpolitik sollte die inländische Nachfrage drücken, die Staatsausgaben sollten klein gehalten werden, was wiederum zu Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten für viele soziale Gruppen führen mußte. Durch die begleitende Privatisierung sollten die ehemals sozialistischen Betriebe harten Budgetrestriktionen unterworfen und so zu Produktionsrestrukturierungen gezwungen werden. Die neugebildeten Unternehmen wür-

---

6 Ausnahmen sind, gemessen am Umfang sozialstaatlicher Leistungen, insbesondere die USA, Japan, die Schweiz. Man könnte jeweils diejenigen historischen Besonderheiten herausarbeiten (Migration, late comer usw.), die diese Ausnahmen begründen.

den sich auf diese Weise an die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt heranarbeiten und damit einen endogenen, sich selbst tragenden Wachstumsprozeß ermöglichen, der schließlich den Abbau der Arbeitslosigkeit und steigende Einkommen mit sich bringen sollte. Man kann sich darüber streiten, ob die komplette Schocktherapie in irgendeinem der betroffenen Länder tatsächlich angewandt wurde, jedenfalls war sie nicht wirksam. Der Kapitalismus kam nicht in 500 Tagen, wie es die Advokaten der Schocktherapie versprochen hatten, aber sie können anläßlich ihrer Fehlschläge immer darauf hinweisen, daß die Therapie nicht hart und schnell und konsequent genug appliziert wurde. Das ist immer richtig, weil es sich um ein prinzipiell nicht falsifizierbares Argument handelt.

Immerhin hat es mindestens eine Ökonomie, nämlich die der ehemaligen DDR, gegeben, die einem harten, plötzlichen Schock ausgesetzt wurde - mit verheerender Wirkung. Dabei wurde allerdings von den empfohlenen Elementen der Schocktherapie nur ein Teil eingesetzt. Durch die Währungsunion wurden Konvertibilität, Weltmarktöffnung und freie Preisbildung schlagartig bewirkt. Entgegen dem Rezept wurde allerdings die Staatsverschuldung - nun im gesamtdeutschen Rahmen - kräftig hochgefahren. Der Subventionsabbau gelang allenfalls im Treuhandstil, d.h. mit vielen in den Privatisierungsprozeß eingeflochtenen Subventionen. Die Löhne wurden nicht gedämpft, sondern schrittweise dem westdeutschen Niveau angepaßt (bis der Anpassungsprozeß stecken blieb). Zusammen mit der 2:1 Umstellung der Währung bedeutete die Lohnentwicklung, daß die große Mehrheit der existierenden Betriebe sich nicht in kapitalistische Unternehmen umbauen konnten - jedenfalls nicht ohne radikalen Beschäftigungs- und Produktionsabbau, nicht ohne eine lange Zeit in der Verlustzone und deshalb nicht ohne Subventionen.

Diese Art der selektiven Anwendung der Schocktherapie, die auf einen Schock ohne Therapie hinauslief, hatte ein eindeutiges Ergebnis: ohne Stützung von außen konnte nicht nur die Transformation ehemals sozialistischer Betriebe in kapitalistische Unternehmen nicht gelingen, sondern es gab auch ohne Subventionen keine hinreichenden Investitionsanreize für von außen kommende Unternehmen. »Für ein solches politisch induziertes Handikap von Wirtschaftsunternehmen gibt es weder in anderen Transformationsgesellschaften noch in der Geschichte kapitalistischer Staaten ein Pendant« (Wiesenthal 1995: 85).

Welche Absichten waren mit diesem - von außen, von seiten der Regierung der alten Bundesregierung verordneten - selektiven Schock verbunden? Mit der Währungsumstellung, die wie eine enorme Aufwertung der DDR-Mark wirkte, setzte sich die Regierung über den ökonomischen Sachverstand hinweg, bereicherte aber die Bevölkerung der ehemaligen DDR in deren Kon-

sumentenrolle. Man könnte also - immerhin waren in absehbarer Zeit Wahlen zu gewinnen - ein populistisches Kalkül gepaart mit ökonomischer Naivität vermuten, die der Kanzler mit seinem flotten Spruch von den in Bälde »blühenden Landschaften« ja auch hinreichend demonstrierte. Man könnte, alternativ oder ergänzend, mit leicht verschwörungstheoretischem Touch in der Stamokap-Tradition, vermuten, daß es darum ging, die DDR-Wirtschaft noch mehr zu ruinieren, als es die DDR alleine geschafft hatte und sie so zur Übernahmereife für das westdeutsche Kapital zu bringen. Da der Ruin jedoch bedeutete, daß abgesehen von Immobilien nicht mehr viel zur Bereicherung übrig blieb, ist eine andere Interpretation des Vorgangs plausibler. Die Bonner Regierung war sich durchaus darüber im klaren, »daß mit Einführung der Westwährung die DDR-Betriebe schlagartig nicht mehr konkurrenzfähig sein würden. Wir konnten uns auch«, so Schäuble im Jahr 1991 (zit. n. Steffen 1996: 222) als einer der Verhandlungsführer im Rückblick, »ausmalen, in welcher dramatischer Weise dieser Eingriff sichtbar würde.« Es waren politische, nicht ökonomische Motive, die die Bonner Regierung den Schock wählen ließen.

Der mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1.7. 1990 gewählte schnelle Übergang zum westdeutschen Institutionensystem sollte eben dieses Institutionensystem - im Austausch gegen ein Wohlstandsversprechen an die DDR-Bevölkerung - gegen Änderungsdruck im Zuge des Einigungsprozesses abschirmen. »Die politische Logik der Schocktherapie besteht in der Selbstbindung an notwendige, interdependente, aber zugleich unpopuläre Maßnahmen, deren Nutzen erst mit Verzögerung spürbar wird« (Wiesenthal 1995: 86). Diese Selbstbindung durch Beschleunigung »gestattete es der politischen Elite, eine wichtige selbstgestellte Nebenbedingung des Vereinigungsprozesses zu gewährleisten, nämlich die Bewahrung des bundesdeutschen Institutionensystems vor etwaigen, im Zuge der Einheit aufkommenden Veränderungsimpulsen« (ebd.: 87) Gegenüber der Bedrohung der Integrität und Kontinuität des westdeutschen Institutionensystems durch den Einigungsprozeß wurde das durch den Schock bewirkte ökonomische Risiko als sekundär eingestuft. Die wirtschaftliche Transformation mittels Zerstörung konnte auf politisch-administrativer Ebene durch die Übertragung der institutionellen Muster der alten Bundesrepublik in die neuen Bundesländer begleitet werden. Die Institutionen mußten dann natürlich auch von westdeutschem Personal bedient werden, zumindest auf der Führungsebene. »War der Import des westdeutschen Institutionensystems der Preis für einen in materieller Hinsicht komfortablen Transformationspfad, so war die mit imperialer Geste erfolgte Vereinnahmung des neuen Handlungsfeldes durch die korporativen Akteure Westdeutschlands das unvermeidliche Korrelat des Institutionentransfers« (ebd.: 93).

Unter solchen Bedingungen konnte der Institutionentransfer zwar formell gelingen, aber für das materiale Bedienen der für die DDR-Bürgerinnen neuen Institutionen ergab sich nicht nur ein - wenigstens temporäres - Kompetenzdefizit, sondern die nötigen Lernprozesse wurden auch noch durch die paternalistische Haltung der westdeutschen Akteure erschwert. Aus all dem mußte eine ambivalente Situation entstehen: Einerseits wirkt das Wohlstandsversprechen, solange es auch für die zu wirtschaftlicher Passivität verdonnerten Bevölkerungsgruppen (Arbeitslose, Frührentnerinnen) materiell unterfüttert werden kann; andererseits führte der Institutionen- und Führungspersonaltransfer für die Bevölkerung der ehemaligen DDR durch die fehlenden Möglichkeiten des eigenständigen Umgangs mit den neuen Institutionen zu Defiziten in der Interessenartikulation und damit zu der oft vermerkten Erfahrung einer »Kolonialisierung«.

Das Schockverfahren ist also zunächst insoweit gelungen, als die politisch-administrativen und rechtlichen Institutionen der alten Bundesrepublik in ihrer gegebenen Form praktisch unmodifiziert übertragen wurden und die Anpassungsprobleme durch großzügige Hilfen im Zuge der »rich-uncle-solution« (Economist) des Transformationsproblems »abgefedert« wurden. Unter Druck gerät dieser Lösungsweg, wenn einerseits der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung zu lange ausbleibt und andererseits die Institutionen im »Beitrittsgebiet« nicht greifen. Die Kosten der Einheit werden dann dadurch erhöht, daß Rückwirkungen auf den Westen nicht ausbleiben können. Die westdeutschen Institutionen, die durch den schockartigen Übergangsprozeß stabil gehalten werden sollten, werden nun teilweise überlastet. Damit stellt sich die Frage: Wie stabil bleibt das Institutionensystem der alten Bundesrepublik nach seiner Übertragung auf die neuen Länder und nachdem sich die Einigungsprobleme zugespitzt haben?

#### **4. Stand der Transformation**

Der Transformationsprozeß der ehemaligen DDR kann in verschiedenen Dimensionen beobachtet werden: ökonomisch, politisch, kulturell. Ich beschränke mich im folgenden auf die ökonomische Dimension, um die erwartbaren Problemlasten einzuschätzen. Wie groß ist etwa fünf Jahre (die meisten einschlägigen Daten liegen z.Z. erst bis 1995 vor) nach der Einigung der wirtschaftliche Abstand zwischen Ost und West?

Die Transformation der ehem. DDR ist weder vollendet, noch ist sie - im Sinne der Vorstellung einer Angleichung an die Verhältnisse der alten Bundesrepublik - gelungen. Der einfachste Indikator für die weiter bestehende »Anpassungslücke« ist die Wirtschaftskraft. Von 1991 bis 1995 ist der Anteil des »Beitrittsgebiets« an der industriellen Beschäftigung in Gesamtdeutschland (Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe) von 20,7%

auf 17,9% gefallen<sup>7</sup>, zugleich stieg der Anteil an der Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes von 7% auf 11,3%.

Tabelle 1: *Produzierendes Gewerbe- Anteile der Neuen Länder*

Jahr	Erwerbstätige	Bruttowertschöpfung
1991	20,7	7
1992	16,8	8
1993	16,7	9,5
1994	17,4	10,7
1995	17,9	11,3

(Quelle: Stat. BA, Tabellensammlung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern 3/96:15, 201)

Ähnliche Werte ergeben sich für die Gesamtwirtschaft: Mit einem Anteil von 18,5% der Erwerbstätigen trugen die neuen Länder 1995 10,9% zum gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt bei (ebd.: 13, 203). Zwar indiziert Tabelle 1, daß die Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland in den letzten Jahren schneller gestiegen ist als in Westdeutschland, doch bisher liegt sie (gemessen als reales Bruttoinlandsprodukt pro geleisteter Arbeitsstunde) erst bei 40% der westdeutschen (Bedau 1996: 140)<sup>8</sup>.

Die Arbeitslosigkeit bleibt deutlich höher als im Westen mit einer aktuellen offiziellen Arbeitslosenquote im Dezember 1996 Ost von 15,9% (West 9,6%). Wenn man marktwirtschaftliche Kriterien bei der Festsetzung dessen zugrundelegt, was als normales Arbeitsverhältnis zählt (Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Weiterbildung, Kurzarbeit, Frühverrentung also als verdeckt Arbeitslose zählt) ergibt sich eine Quote von 25%. Fast jeder zweite Arbeitsplatz (für abhängig Beschäftigte) ging seit Ende 1989 verloren (Zimmermann 1993: 201).

Trotz dieser Probleme sind die (verfügbaren) Einkommen der privaten Haushalte im Osten rasch von etwa 40% des westdeutschen Niveaus 1990 auf 68% Mitte 1995 angestiegen. Wenn die durchschnittlichen Einkommen und der durchschnittliche Lebensstandard so deutlich und schneller als die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Bedau 1996) gestiegen sind, liegt das in der Hauptsache am Transfer von Kaufkraft aus dem Westen in den Osten.

Insgesamt kann man zwar sagen, daß sich die Wirtschaftskraft der Neuen Länder im Trend deutlich verbessert, aber der Abstand zwischen West und

7 Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Zahl der Beschäftigten in der Industrie in Gesamtdeutschland 1995 mit 8,35 Mill. genauso hoch war wie in der alten Bundesrepublik vor der Vereinigung 1989 (SVR 1996/97: 351)

8 Der Sachverständigenrat schätzt in seinem jüngsten Gutachten die Produktivität (gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen) für 1995 auf 55,2%, für 1996 auf 56% des westdeutschen Niveaus (SVR 1996/7:75).

Ost ist immer noch erheblich. Das ist kein Wunder, denn der Aufbau einer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Wirtschaft kostet nicht zuletzt deshalb viel Zeit, weil der erforderliche Kapitalstock teuer ist und nicht plötzlich aus dem Nichts geschaffen werden kann. Nach dem Sachverständigenrat (SVR 1995/6: 55) erreichte »der Bestand an Ausrüstungen je Einwohner ... zu Beginn des Jahres 1991 lediglich 26 vH des westdeutschen Niveaus, diese Relation hat sich bis zum Beginn des Jahres 1995 auf 43 vH erhöht.« In seinem neuesten Gutachten schätzt der Sachverständigenrat, daß der »Kapitalstock im Unternehmenssektor der neuen Bundesländer .. im Jahre 1995 je Einwohner gerechnet erst etwas mehr als 60vH des westdeutschen Niveaus erreicht« (SVR 1996/7: 71) habe. Dabei stiegen die privaten Investitionen (pro Einwohner) in den neuen Ländern erst mit erheblicher Verzögerung auf ein Niveau über dem der alten Länder (bei Ausrüstungen erst ab 1994). Angesichts dieser Zahlen (5 Jahre nach der Einheit!) und angesichts der auch die neuen Länder berührenden Wachstumsschwäche im letzten und im laufenden Jahr kann man sich leicht ausrechnen, daß die von der Politik angezielte (und versprochene) Angleichung der wirtschaftlichen Leistungskraft im Osten, wenn sie überhaupt erreicht wird, noch etliche Jahre auf sich warten lassen wird. Das wird inzwischen regierungsamtlich eingestanden. Der berufsoptimistische Bonner Sonderbeauftragte für den Aufbau Ost, Ludwig, geht von einer Aufholzeit von 15 Jahren aus (Tagesspiegel, 20.9.96). Wenn, wie vor allem aus FDP-Kreisen mitunter zu hören ist, die staatlichen Stützen für den Aufbau Ost von nun an zurückgenommen werden sollen, wird jedenfalls das Ziel der Angleichung aufgegeben. Für die zur Angleichung der Wirtschaftsleistung erforderlichen Produktivitätssteigerungen müssen nämlich Investitionen getätigt werden, die als eigenständige Investitionen ostdeutscher Unternehmen bisher schon allein deshalb nicht zustandekommen, weil diesen die erforderlichen Gewinne fehlen. Das ist bei durchschnittlichen Lohnstückkosten, die über 160% der Lohnstückkosten in den westlichen Bundesländern betragen, kein Wunder (Bedau 1996: 140, vgl. zu einer anderen Berechnung SVR 1996/97: 106). In großen Teilen des verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau) haben bis 1994 die Kosten der Produktion den Bruttoproduktionswert noch deutlich überschritten (SVR 1996/7:79). So geht Kapitalismus nicht.

## **5. Belastungen durch die Einigung**

### *West-Ost-Transfers und ihre Finanzierung*

Die staatlichen Geldleistungen in die neuen Länder (inkl. Ost-Berlin) beliefen sich 1995 netto (also unter Abzug der aus den neuen Ländern stammenden Einnahmen) auf etwa 160 Mrd. DM (SVR 1995/6: 151). Das sind

pro Erwerbstätigem West mehr als 5600 DM im Jahr (pro Einwohner mehr als 2500 DM), also insgesamt erhebliche Einkommensanteile.

Tabelle 2: *West-Ost-Transfers, öffentliche Leistungen in Mrd. DM*

Jahr	BIP, Neue Län.	Nettotransfers	in vH des BIP/NL
1991	206	105,7	51,3
1992	262,6	131	49,9
1993	308,6	135,9	44
1994	346,9	130,9	37,7
1995	376,1	161	42,8

(Quelle: SVR 1995/96: 151)

Mit den Transferleistungen werden jedoch die Steuerzahlerinnen nicht aktuell in voller Höhe belastet, sondern größtenteils nur in Höhe der Zinslasten für die wachsende Staatsverschuldung. Obwohl man es angesichts des ermüdenden Gezeters um den sog. Solidaritätszuschlag nicht glauben sollte, ist die Gesamtsteuerbelastung in der Bundesrepublik nicht entsprechend den durch die Einigung gewachsenen Staatsausgaben erhöht worden.

Tabelle 3: *Steuern und Sozialbeiträge (in % des BIP)*

Jahr	Direkte	Indirekte	Insgesamt	Sozialbeiträge
1991	11,6	12,6	24,2	18
1992	11,9	12,7	24,5	18,3
1993	11,5	13	24,5	18,9
1994	11,1	13,4	24,4	19,3
1995	11,3	12,9	24,2	19,4

(Quelle: DIW 35/96: 578)

Die Steuerbelastung bleibt gesamtwirtschaftlich trotz der erheblichen einigungsbedingten Zusatzkosten stabil (wie überhaupt in der Geschichte der Bundesrepublik). Es gibt Verschiebungen zwischen direkten und indirekten Steuern (letztere gewinnen leicht an Gewicht). Es gibt weiterhin eine kontinuierlich fortschreitende steuerliche Entlastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (vgl. Fußnote 1) zu Lasten der Lohnsteuerzahler. Das Steueraufkommen aus Einkommens- und Körperschaftssteuer hat 1995 mit (geschätzten) 32,1 Mrd. DM einen Wert erreicht, der zuletzt 1972 unterschritten wurde, als das BIP erst ein Viertel des Wertes von 1995 hatte (BMAS 1996, 1.22). Wie können die Finanzpolitiker die Gesamtsteuerbelastung konstant halten und trotzdem die seit 1989/90 beträchtlichen zusätzlichen Kosten der Einheit finanzieren?

Angesichts der Parallelentwicklung von Transferleistungen in die neuen Länder und steigender Staatsverschuldung muß man zu dem Schluß kommen:

»Der rasante Anstieg der Staatsverschuldung ist in erster Linie Reflex der hohen Transferzahlungen, die aus den öffentlichen Haushalten Westdeutschlands nach Ostdeutschland geflossen sind... Insgesamt sind von 1991 bis 1995 über 700 Mrd. DM als Transfers der Gebietskörperschaften von West nach Ost geflossen; unter Einschluß der Sozialversicherungen und der Treuhandanstalt errechnen sich 970 Mrd. DM, also fast 200 Mrd. DM im Jahresdurchschnitt.« (Teichmann/Vesper 1996: 577f)

Da die durch Verschuldung des Staates gewonnenen Finanzmittel weitgehend als sozialstaatliche Transferleistungen an die ostdeutschen Haushalte fließen und für den Konsum benutzt werden, bedeutet diese Staatsverschuldung, daß die von den westdeutschen Wirtschaftsakteuren nicht dem laufenden Konsum zugeführten, sondern zur Kapitalbildung bestimmten (ersparten) Einkommensteile dieser Zweckbestimmung entzogen und vom Staat wieder zur Befriedigung laufender Bedürfnisse verwendet werden. Die von den sparenden Staatsgläubigern beabsichtigte Kapitalbildung findet also nicht statt. Sie erwerben aber mit den Staatsschuldtiteln einen Anspruch auf einen Teil der laufenden Steuereinnahmen - und offensichtlich scheint das für viele Unternehmen lohnender zu sein als Investitionen.

Was bedeutet es, wenn der Staat einen immer größeren Teil der Steuereinnahmen zur Zinszahlung und zur Schuldentilgung verwendet? Die Zinszahlungen fingieren lediglich ein Vermögenseinkommen dann, wenn der Staat - wie es in der Bundesrepublik der Fall ist - die aufgenommenen Kredite für konsumtive Zwecke benutzt. Das Vermögen wird verbraucht. Das kann trotz der bestehen bleibenden Forderungen an den Staat gut gehen, weil er die Fähigkeit behält, einen Teil des laufenden gesellschaftlichen Einkommens<sup>9</sup> qua Steuern anzueignen und für die Zinszahlungen zu verwenden. Die Zinszahlungen laufen also auf einen Einkommenstransfer von den Steuerzahlern zu den Eigentümern von Staatsschuldtiteln hinaus. Auf diese Weise werden die - normalerweise ökonomisch aktiven - Steuerzahler zugunsten von Rentiereinkommen um einen Teil des Ertrags ihrer Leistungen gebracht. Wenn schon über fehlende Leistungsanreize in der bundesrepublikanischen Wirtschaft gejammert wird, wäre hier der passende Ort.

### *Belastung der Sozialversicherungen*

Im Gegensatz zur weitgehenden Konstanz der Steuerbelastung läßt sich ein ungebrochener Wachstumstrend bei den Sozialbeiträgen feststellen (vgl. Tabelle 3), dem jedoch bei den durch diese Beiträge belasteten sozialen

9 Natürlich kann der Staat auch das Vermögen der Privaten aneignen, z.B. durch Besteuerung von Erbschaften. Obwohl bei Erbschaftssteuern das geläufige Problem der negativen Leistungsanreize nicht auftritt (besteuert werden die Leistungen der Toten), sind sie irgendetwas unbeliebt.

Gruppen - mit Ausnahme der neu eingeführten Pflegeversicherung - keine zusätzlichen sozialstaatlichen Leistungen, sondern größtenteils Leistungsrücknahmen gegenüberstehen.

Wofür die wachsenden Sozialbeiträge verwendet werden, läßt sich grob aus der Entwicklung der sog. Sozialleistungsquote (Volumen des Sozialbudgets in % des BIP) ablesen, wenn man sie - soweit das möglich ist - für West- und Ostdeutschland getrennt beobachtet: Die Sozialleistungsquote ändert sich für Westdeutschland kaum (1990 hatte sie mit 29,5% den niedrigsten Wert seit 1973); in Ostdeutschland ist sie jedoch doppelt so hoch. Sie kann im Osten nur diese Höhe haben, weil sie aus Transfers aus dem Westen gespeist wird. (Ein Beispiel: Für die Bundesanstalt für Arbeit betrug in Ostdeutschland im März 1996 das bereinigte Beitragsaufkommen 964,8 Mill. DM, das Ausgabenvolumen betrug 3198 Mill. DM plus 547 Mill. DM Arbeitslosenhilfe, die der Bund finanziert (Tegtmeier 1996)).

Tabelle 4: Sozialleistungsquoten

Jahr	West	Ost
1991	29	60,9
1992	29,4	67,9
1993	30,3	64,6
1994	30,2	60

(Quelle: Tegtmeier 1996: 5)

Daß nun allerorten (sogar schon in den Gewerkschaftlichen Monatsheften, vgl. Papcke 1996: 751, 753) über die übergroßen sozialen Leistungen (oder, was bei dem gegebenen sozialen Sicherungssystem auf dasselbe hinausläuft, über zu hohe Lohnnebenkosten) gejammert und die exorbitant hohe Staatsquote beklagt wird, läßt sich nur aus einer Verdrängung der durch die Einigung entstandenen Probleme erklären. Ohne die Belastungen durch die Einigung entwickeln sich die Sozialleistungen - trotz der nicht nur auf Ostdeutschland beschränkten Massenarbeitslosigkeit - ganz undramatisch.

*Erstens* gilt, daß sowohl die Defizite der sozialen Sicherungssysteme - mit Ausnahme der gesetzlichen Krankenversicherung - als auch der Wiederanstieg der Staatsquote primär einigungsbedingt sind. Das zeigt sich, wenn man die Finanzierungssalden der Sozialversicherungen differenziert betrachtet (vgl. Tabelle 5).

*Zweitens* läßt sich, wiederum mit Ausnahme der Krankenversicherung, nicht beobachten, daß die sozialstaatlichen Ausgaben, gemessen als Anteile am Bruttoinlandsprodukt, inzwischen exorbitant hoch wären (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 5: Finanzierungssalden der Sozialversicherungen (in Mrd. DM)

		1991	1992	1993	1994	1995
Rentenvers.	West	11,2	10,8	0,5	8,5	9,0
	Ost	0,7	-1,4	-7,9	-12,3	-15,4
	zus.	11,9	9,4	-7,4	-3,8	-6,4
Krankenvers.	West	-5,2	-9,1	9,1	2,3	-6,0
	Ost	2,6	-0,2	1,3	-0,2	-2,0
	zus.	-2,6	-9,3	10,4	2,1	-8,0
Arbeitslosenv.	West	20,2	21,7	15,1	19,3	17,0
	Ost	-20,8	-35,5	-39,5	-29,6	-23,0
	zus.	-0,6	-13,8	-24,4	-10,3	-6,0

(Quelle: Meinhardt 1995, S.695)

Tabelle 6: Sozialleistungsquoten (nach dem Sozialbudget in % des BIP)

Jahr	Insgesamt	Alter	Gesundheit	Familie
1982	33,4	13,2	10,4	4,5
1989	30,7	12,4	10,1	4,0
1990	29,5	11,9	10,1	3,6
1991	31,3	12,1	10,7	4,1
1992	32,7	12,4	11,2	4,2
1993	33,6	12,9	11,2	4,2
1994	33,3	13,1	11,2	4,0

(Quelle: BMAS 1996: 7.2, bis 1989 früheres Bundesgebiet, ab 2. Hj. 1990 Gesamtdeutschland)

In Tabelle 6 ist als Vergleichsgröße die für die Regierungszeit der sozialliberalen Koalition ab Mitte der 70er Jahre typische Sozialleistungsquote von ca. 33% für 1982, dem Startjahr der Ära Kohl, mit angegeben. Der Regierung Kohl ist es bis 1989 gelungen, diese Quote (und auch ihre einzelnen Komponenten) deutlich zu drücken. Der Wiederanstieg in den 90er Jahren ist einigungs- und arbeitslosigkeitsbedingt, führt aber nicht über das Normalmaß früherer Zeiten hinaus.

Das gilt auch für die Renten (s. die Spalte »Alter«). Das mag angesichts der aktuellen Rentendiskussion verwundern. Diese Diskussion, mit ihrer Betonung auf der »demographischen Bedrohung« durch das absehbare Altern der deutschen Gesellschaft, hat insgesamt eher den Charakter einer Inszenierung durch die Lobby der Versicherungsunternehmen als einen sachlichen Kern. Daß die Beiträge für die Rentenversicherung in den 90er Jahren ansteigen, hat nichts damit zu tun, daß die bundesrepublikanische Gesellschaft insgesamt einen relativ größeren Anteil ihres Reichtums für die Versorgung der nicht mehr Erwerbstätigen aufwendet (die Quoten waren von 1975 bis 1983 im Durch-

schnitt höher als in den letzten Jahren<sup>10</sup>), sondern damit, daß dieser Anteil aus dem durch Arbeitslosigkeit und Rückgang der Lohnquote relativ geschrumpften Einkommen der Sozialversicherten abgezogen wird (Steffen 1996).

Die aktuelle Angstmache wegen Nichteinhaltbarkeit des Generationenvertrags, die zu der Schlußfolgerung führt, man müsse entweder einen Systemwechsel in Richtung Kapitaldeckungsverfahren in Gang bringen oder die gesetzliche Rentenversicherung auf eine Grundsicherung beschränken und den Rest der Privatinitiative und den privaten Versicherungen überlassen, ist so erstaunlich durchsichtig, daß man sich nur darüber wundern kann, wie ernst solche Vorschläge genommen werden. Wenn es wirklich um die demographische Komponente ginge, müßte die Diskussion ganz anders geführt werden. Zunächst spielen sich demographische Veränderungen sehr langsam und in winzigen Schritten ab. Sodann gilt immer noch die alte Weisheit von Mackenroth aus der Rentenreformdiskussion der 50er Jahre, daß, was immer eine Gesellschaft für die Versorgung der Alten aufwendet, vom laufenden Sozialprodukt abgezweigt werden muß, ob die Alten nun ihre Ansprüche in Form von Beiträgen an die gesetzliche Rentenversicherung oder an private Versicherungen oder sonstwie, z.B. qua Bürgerstatus, erworben haben. Den Ansprüchen steht für den laufenden Konsum einfach nichts anderes gegenüber als die je aktuelle Produktion. Dem steigenden »Alterslastquotienten« kann man nicht (oder nur durch Ansprüche ans Ausland) entgehen, auch wenn Versicherungsvertreter das anders sehen wollen. Deshalb ist irgendeine Form von Generationenvertrag immer notwendig - und die jetzt in die Erwerbsphase eintretende junge Generation kann ihn zwar in der bisherigen Form kündigen, aber die Kündigung folgt einer self-fulfilling prophecy: Wer die Altersversorgung für unsicher hält, sagt nur, daß man prinzipiell nicht wissen kann, was die nächste Generation tun wird. Daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, der Generationenvertrag könne nicht funktionieren, und ihn aufzukündigen, bedeutet nur, daß man die dann nachrückende Generation provoziert, das nachzumachen. Statt solche Unsicherheiten hochzuschaukeln, könnte man sich klarmachen, daß die Renten (immer nur) so sicher sind wie der gesellschaftliche Konsens, der über das Was und Wie der Altersversorgung hergestellt werden kann.

*Drittens* sollte man sich Gedanken darüber machen, welche Folgen der immer wieder geforderte Rückschnitt der sozialen Leistungen oder eine Rücknahme der Staatsquote unter den gegenwärtigen Bedingungen hat. Für im Kreislaufdenken geschulte Ökonomen ist der Befund klar:

»Die Entwicklung von Staats- und Abgabenquote ist eindeutig Ergebnis der besonderen Art der deutschen Vereinigung und des dadurch entstandenen Transferproblems. Hält man eine Ur-

---

10 Das Argument, man könne sich solche sozialstaatliche Großzügigkeit nicht mehr »leisten«, besagt nichts anderes als: man *will* es sich nicht mehr leisten.

sachtherapie für angemessen und will die Staatsquote senken, muß man die Transfers nach Ostdeutschland zurückführen. Soll dabei der Markt in Ostdeutschland für die westdeutsche Wirtschaft erhalten bleiben, müssen Wirtschaft und Banken an die Stelle des Staates treten und die Lücke zwischen Ausfuhr und Einfuhr Ostdeutschlands schließen.« (Flassbeck 1995: 411)

Hier ergibt sich jedoch ein neues Problem. Die Versuche von seiten der Regierung, die Unternehmen über die Verpflichtung ihrer Verbände in diesem Sinne in Anspruch zu nehmen (etwa mit der »Bankeninitiative« oder der »Einkaufsoffensive neue Bundesländer«), sind - im Gegensatz zu ähnlichen Aktionen in der Frühgeschichte der Bundesrepublik - weitgehend mißlungen. Die Verbände haben im Osten ihre Organisationsfähigkeit eingeübt, so daß korporatistisch von den Verbandsspitzen ausgehandelte Selbstverpflichtungen an der »Basis« nicht mehr eingehalten werden (Lehbruch 1996). Wenn aber die Unternehmen nicht freiwillig und verbandsmäßig koordiniert in die Bresche springen, die aufgrund des Rückzugs des Staates entstehen muß, müssen sie

»erhebliche Verluste erleiden, weil Nachfrage aus Ostdeutschland in großem Maße wegfällt. Als eine Variante, die solche Folgeeffekte vermeidet, wird offenbar die generelle Einschränkung der Leistungen des Sozialstaats in Deutschland insgesamt angesehen, ohne die Transfers von West nach Ost in besonderer Weise zu berücksichtigen... Doch auch dieser Weg führt in die Irre. Wo und wann immer der Staat Einsparungen vornimmt, um die Zunahme der Ausgaben infolge der Transfers nach Ostdeutschland zu kompensieren, um also die Abgabenquote zurückzuführen, ohne die staatlichen Defizite auszuweiten, sind negative Rückwirkungen auf den Unternehmenssektor unumgänglich... Das einzige, was man erreichen kann, ist eine Umverteilung der primären Belastung durch die deutsche Vereinigung. Wenn der Staat etwa Sozialausgaben senkt, zahlen für die einigungsbedingte Mehrbelastung, von der in West und Ost sehr viele in der einen oder anderen Weise profitieren, überwiegend diejenigen, die von staatlichen Sozialleistungen abhängig sind. Dafür gibt es keinerlei Begründung.« (Flassbeck 1995: 411)

## 6. Angebotspolitik

Hier irrt nun doch auch der kreislauftheoretisch geschulte Ökonom. Es gibt für diese Politik schon eine Begründung, wenngleich eine, die im öffentlichen Diskurs nicht mehr als sonderlich legitim gelten dürfte. Die für die Angebotspolitik plädierenden Ökonomen dienen sie unermüdlich an: Das Investitionsklima am Standort Deutschland muß verbessert werden. Dazu müssen die Steuern für die Unternehmen noch mehr reduziert werden. Und die Lohnkosten, insbesondere die Lohnnebenkosten, sprich die Sozialversicherungsbeiträge, müssen gesenkt werden.

Das Rezept ist bekannt, funktioniert aber nicht. Die Sozialversicherungen sind bereits dadurch extrem belastet, daß ein relevanter Teil der Einigungskosten auf sie abgewälzt wurde und zugleich die Massenarbeitslosigkeit erhebliche Einnahmeverluste und Mehrausgaben verursacht. Hinzukommt, daß die Verschiebung in der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne, die seit 1982 stattfindet, durch die Senkung des Lohnanteils am Volkseinkommen die Basisgröße schmälert, auf die die Sozialbeiträge bezogen

sind. Das Ausmaß der Verteilungsverschiebung in der Ära Kohl/ Waigel/Lambsdorf kann man sich an der Entwicklung der Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte klarmachen.

Tabelle 7: *Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (in %, ohne nichtentnommene Gewinne)*

Jahr	Nettolöhne & Gehälter	Gewinn- & Vermögenseinkommen	empfangene Übertragungen	geleistete Übertragungen
1982	51,4	26,3	27,0	-4,7
1991a	46,7	33,2	24,1	-3,9
1991b	48,2	30,2	25,3	-3,7
1992	47,4	30,5	26,1	-4,0
1993	46,7	30,3	27,2	-4,2
1994	45,0	31,8	27,5	-4,3
1995	43,7	33,0	28,0	-4,7

(Quelle: BMAS 1996:1.17 (bis 1991a alte Bundesrepublik, danach Gesamtdeutschland))

Für das Jahr 1995 gilt, daß der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte seinen niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht hatte, während für die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der Höchststand (von 1991a) fast wieder erreicht wurde. Rekordverdächtig war auch der nach der Einigung (ab 1991b) hochgetriebene Anteil der empfangenen Übertragungen (hinter dem Etikett verbergen sich im wesentlichen die sozialstaatlichen Transfers). Wie der Staat an dieser Entwicklung mitgewirkt hat, läßt sich ganz gut anhand eines Vergleichs der Nettoquoten bei Löhnen und Gehältern einerseits, Gewinnen und Vermögenseinkommen andererseits ablesen. Diese Nettoquoten geben an, wieviel im Durchschnitt anteilmäßig vom jeweiligen Bruttoeinkommen nach Abzug der direkten Steuern und - bei den Lohnabhängigen - der Sozialbeiträge, also nach dem Staatszugriff, übrigbleibt.

Tabelle 8: *Nettoquoten*

Jahr	Gewinn- und Vermögenseinkommen	Löhne und Gehälter
1982	79,1	70,6
1991a	85,3	67,5
1991b	84,5	68,5
1995	89	64,3

Quelle: BMAS (1996:1.10 & 1.14)

Der Staat tastet - was angebotspolitisch offenbar als korrekt gilt - die Gewinne und Vermögenseinkommen immer weniger, die der Lohnabhängigen - wohl weil sie keine Leistungsträger sind - dafür um so kräftiger an. Die deutlich ablesbare, staatlich begünstigte Verbesserung der Gewinnchancen der Unternehmen hat jedoch nicht die Konsequenzen, die die Angebotspolitiker erwarten. Offensichtlich funktioniert die Übersetzung von höheren Gewinnen in höhere Investitionen und damit in mehr Beschäftigung nicht (mehr). Keynesianisch gesprochen gilt: Wenn auf der Nachfrageseite auch noch die antizyklisch wirkenden »built-in stabilizers« der aus sozialstaatlichen Transfers gespeisten Einkommen, wie es die diversen Sparprogramme der Regierung bewirken, reduziert werden, kann das nicht ohne Rückwirkungen auf die Absatz- und damit die Gewinnerwartungen der Unternehmen bleiben. Die Kapazitäten bleiben unterausgelastet. Warum dann anders investieren als in Form von Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen?

Die Frage deutet auf ein grundsätzliches Defizit der »Angebotspolitik«: Man kann ihr zugestehen, daß sie der Erfahrung des Staatsversagens Rechnung trägt. Aber was rechtfertigt den auf Permanenz gestellten Vertrauensvorschuß gegenüber den Unternehmen/nehmern, wenn es für diese einfach nur rational ist, den Preis für ihre Kooperation dauernd höherzuschrauben?<sup>11</sup> Die bundesdeutschen Erfahrungen mit nunmehr fast 15 Jahren angebotsorientierter Wirtschaftspolitik rechtfertigen dieses Vertrauen jedenfalls nicht mehr. Obwohl sich die Gewinn-Erlös-Relation seit 1982 - abgesehen von dem Einbruch 1992/3 - stetig verbessert hat (SVR 1996/97: 302), sinkt die Investitionsquote im Trend ab. Die Investitionsquote (hier das Verhältnis von Ausrüstungsinvestitionen und Wirtschaftsbauminvestitionen zum BIP) sank in der Krise 1974 auf ca. 11%, erholte sich danach wieder in einen Schwankungsbereich um 12%, stieg dann zwar in den späten 80er Jahren und im Zuge des Vereinigungsbooms auf bis knapp 14% an (ein Wert, der zuletzt in der Golden-Age-Phase überschritten wurde), liegt aber in den 90er Jahren deutlich unter den Werten aus vor-angebotspolitischen Zeiten. Deutlich wird, woran das Kohl-Waigel-Lambsdorf-Projekt krankt: Auch noch so hohe Gewinne ziehen nicht automatisch Investitionen nach sich. Vielmehr ist eine solche Politik erpreßbar. Bleiben die Investitionen aus, ist das einfach nur ein Grund, noch höhere Gewinne einzufordern und von der Politik aus auch zuzugestehen. Warum sollten gewinnmaximierende Unternehmer von dieser Strategie abgehen? Die »Standortbedingungen« lassen sich immer noch verbessern, auch wenn das Argument nicht stimmt, daß die Unternehmen im internationalen Vergleich durch zu hohe Besteuerung und zu hohe Löhne, inklusive zu hoher Sozialbeiträge, be-

---

11 In dieser Hinsicht ist vielleicht auch der Wegfall der Systemkonkurrenz, auf jeden Fall aber der Wettlauf der Nationalstaaten um Investitionen bedeutsam.

nachteiligt wären. Soweit es die Steuern angeht, sind in vergleichbaren Industrieländern zwar die nominellen Höchststeuersätze z.T. deutlich niedriger, aber die Ergiebigkeit der Unternehmenssteuern ist höher. In Deutschland 1994 erbrachten Gewerbesteuer, Körperschaftssteuer und betriebliche Vermögenssteuer ein Aufkommen von 2,2% des BIP, bei einer Grenzbelastung von 62,3%; in den USA wurde bei einer Grenzbelastung der einbehaltenen Gewinne von 45,3% Steuereinnahmen von 2,6% des BIP realisiert, in Großbritannien 2,7% bei einer Grenzbelastung der einbehaltenen Gewinne von 33% (Sarrazin 1996). Daß die niedrigeren Steuersätze den Staaten mehr einbringen, liegt dabei nicht an irgendeiner Laffer-Kurven-Mystik, sondern einfach daran, daß in der Bundesrepublik für die Unternehmen gesetzlich vorgesehene Möglichkeiten, die Steuern zu umgehen, reichlich vorhanden sind und genutzt werden.

Was die Löhne und Lohnnebenkosten angeht, ist der in den Medien übliche internationale Vergleich von Löhnen, womöglich noch alle in Dollarwerte umgerechnet, irreführend. Entscheidend sind, wenn es um die internationale Konkurrenzfähigkeit geht, die von der Arbeitsproduktivität und den Wechselkursen abhängigen relativen Lohnstückkosten (Hübner/Bley 1996). Wenn jedoch die im internationalen Vergleich in Deutschland beobachtbare Lohnentwicklung DM-Aufwertungen nach sich zieht, kann sich die Konkurrenzfähigkeit auf den Exportmärkten schwerlich verbessern. In der ersten Hälfte der 90er Jahre fand eine solche DM-Aufwertung statt. Ein Vergleich der G 5-Länder kommt zu folgendem Ergebnis:

»Die These vom 'Hochlohnland Deutschland' konnte nicht bestätigt werden: Hohe Stundenlöhne erscheinen gerechtfertigt, wenn man Arbeitsproduktivität und Stundenproduktivität berücksichtigt. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sind die realen Lohnstückkosten weder übermäßig hoch, noch sind sie in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen. Relativ zu den in DM umgerechneten nominalen Lohnstückkosten anderer Länder haben die nominalen Lohnstückkosten in Deutschland dagegen deutlich zugenommen. Aber das ist kein Arbeitskostenproblem, sondern die unvermeidbare Konsequenz der Aufwertung der D-Mark.« (Köddermann 1996: 7f)

Auf die Veröffentlichung dieses Befundes reagierten die Unternehmerverbände ähnlich hysterisch wie auf ein ähnliches Ergebnis des DIW von 1995, wo die Frage: Hat Westdeutschland ein Standortproblem? (DIW 1995) mit »Nein« beantwortet wurde. Die ganze schöne, gewinnträchtige Thematisierung der Standortfrage war durch unberufene Wirtschaftswissenschaftler in Frage gestellt.

## **7. Selbstlähmung der Wirtschaft**

Eine plausiblere Erklärung für das, was in der Bundesrepublik neben den Einigungslasten den Kern der wirtschaftlichen Probleme ausmacht, nämlich die Massenarbeitslosigkeit, könnte sich auf eine etwas gegen den Strich ge-

bürstete Weise des NAIRU-Konzepts (Non-Accelerating-Inflation-Rate-of-Unemployment) bedienen. Mit dem NAIRU-Konzept wird ein Zusammenhang behauptet zwischen der Höhe der Arbeitslosigkeit und der Inflation, der gegenüber der alten Philipps-Kurve die Verfeinerung enthält, daß eine bestimmte Arbeitslosenquote erforderlich ist, um die Inflationsrate stabil zu halten. Empirische Schätzungen der NAIRU für die Bundesrepublik kommen zu dem Ergebnis (Langmantel 1996: 11), daß sie stufenweise ansteigt, d.h. daß immer mehr Arbeitslosigkeit erforderlich ist, um inflationsbeschleunigende Lohnforderungen einzudämmen. Interessanterweise tauchen die Gewinne unter den Determinanten der NAIRU nicht auf (oder allenfalls indirekt über die Kapazitätsauslastung der Unternehmen). Wenn man unterstellt, daß die beobachtbare Absenkung der Lohnquote und die Verschiebung der Steuerlastverteilung zugunsten der Gewinne Druck auf die Löhne erzeugt, die Versuche, die Löhne zu steigern, aber qua inflationsdämpfender Geldpolitik abgewürgt werden, erscheint die höhere Arbeitslosigkeit als eine ungewollte Nebenfolge aus dem Zusammenwirken von regierungsseitig gestützter Gewinnsteigerung und bundesbankinduzierter Inflationsbekämpfung. Wenn der Gewinnanteil am Volkseinkommen real immer weiter gesteigert werden soll, muß die Arbeitslosigkeit ebenfalls steigen, um das aus dem Druck auf die Löhne resultierende Steigen der latenten Konfliktbereitschaft der Lohnabhängigen abzufangen. Daß dabei die Wirtschaft insgesamt stagniert, weil die Gewinne nicht in inländische Investitionen überführt werden, scheint die Bezieher der Gewinneinkommen nicht zu stören, solange sie die bestehenden sozialstaatlichen Institutionen für diese Stagnation verantwortlich machen können. Diese Zuschreibung ist jedoch falsch. Es sind die Einigungsprobleme, die den bundesdeutschen Sozialstaat überlasten - unbeschadet der Tatsache, daß einige seiner Bestandteile reformbedürftig sind und bleiben. Die Weigerung, die Einigungsprobleme als solche anzuerkennen, läßt sich wohl nur damit erklären, daß mit dieser Anerkennung auch eine gewisse Verpflichtung verbunden wäre, einen Teil der Belastungen zu übernehmen. Schließlich handelt es sich um ein »nationales« Problem, nicht um den üblichen Verteilungskonflikt im Kapitalismus-Spiel. Wenn man solch starke Worte nicht scheuen will, könnte man den deutschen wirtschaftlichen und politischen Eliten einmal mehr den »Verrat an der Nation« vorwerfen.

## **8. Klassenkampf von oben?**

In der wirtschaftspolitischen Debatte werden die beobachtbaren Krisensymptome, insbesondere die Fiskalkrise und die dauernd zu hohe Arbeitslosigkeit, so dargestellt, als stammten sie aus mangelnder Anpassung an die aktuelle Weltmarktconstellation. Tradierte, überhöhte Ansprüche führten

zu Rigiditäten, Überregulierung verhindere schnelle und flexible Reaktionen auf neue Herausforderungen, Arbeitskosten seien - sozialstaatlich bedingt - zu hoch. Im Effekt werden durch solche Argumente die hauptsächlich einigungsbedingten Belastungen dem Sozialstaat zugeschrieben und damit als Hebel benutzt, um den Um- und Abbau des Sozialstaats zu erzwingen. Die Ergebnisse auf der Ebene der (funktionalen Einkommens-) Verteilung sind klar: Es findet - den US-amerikanischen und englischen Vorbildern folgend - eine staatlich geförderte, rabiate Umverteilung zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen statt. Die Kosten dieser Strategie sind nicht ganz so klar: um die Verteilungsveränderungen durchzusetzen, nehmen die wirtschaftlichen und politischen Eliten nicht nur überhohe Arbeitslosigkeit und eine tiefe Fiskalkrise in Kauf, sondern sie versuchen damit auch, tiefgreifende Veränderungen in den eingespielten gesellschaftlichen Regeln von Konflikt und Kooperation zu erzwingen. Damit verändern sich nicht nur die Einstellungen der Spieler zueinander, sondern auch die Schärfe von Konflikten und die Formen ihrer Austragung. Eine die Geschichte der Bundesrepublik prägende Lehre aus der Weltwirtschaftskrise und der Nazizeit war, daß Sozialpolitik die Gesellschaft »jenseits des Klassenkampfes« (Rüstow 1959) führen müsse. Nun deutet vieles darauf hin, daß es wieder rückwärts geht: der Klassenkampf wird von oben neu eröffnet.

## Literatur

- Bedau, K.D. (1996): Löhne und Gehälter in Ost- und Westdeutschland gleichen sich an, Lohnstückkosten jedoch nicht, *DIW-Wochenbericht* 8/96.
- (1996a): Reale Nettolöhne in Westdeutschland 1995 kaum höher als 1980, *DIW-Wochenbericht* 22-23/96.
- (1996b): Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, *DIW-Wochenbericht* 29/96.
- BMAS (1996): Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: *Statistisches Taschenbuch 1996: Arbeits- und Sozialstatistik*, Bonn.
- DIW 1995: Hat Westdeutschland ein Standortproblem? *DIW-Wochenbericht* 95/38.
- Flassbeck, H. (1995): Die deutsche Vereinigung - ein Transferproblem, in: *DIW-Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung*, H.3, S. 404-414.
- Hübner, K., Bley, A. (1996): *Lohnstückkosten und internationale Wettbewerbsfähigkeit*, Marburg.
- Ködermann, R. (1996): Sind Löhne und Steuern zu hoch?, in: *Ifo Schnelldienst*, 20/96, S. 6-15.
- Langmantel, E. (1996) Halbierung der Arbeitslosenquote bis 2000? in: *Ifo Schnelldienst* 17-18/96, S.9-13.
- Lehmbruch, G. (1996): Die Rolle der Spitzenverbände im Transformationsprozeß: Eine neo-institutionalistische Perspektive, in: Kollmorgen, R. et al. (Hrsg.): *Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland*, Opladen, S. 117-145.
- Meinhardt, V. (1995): Finanzentwicklung der Sozialversicherung, *DIW-Wochenbericht* 40/95.
- Papcke, S. (1996): Solidarität oder Sankt-Florians-Prinzip? in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 11-12/96, S. 748-756.
- Pierson, P. (1995): The new politics of the welfare state, *ZeS-Arbeitspapier* 3/95, Zentrum für Sozialpolitik, Bremen.
- Przeworski, A., Wallerstein, M. (1982): The Structure of Class Conflict in Democratic Capitalist Societies, in: *American Political Science Review*, vol. 76, S.215-236.

- Przeworski, A., Wallerstein, M. (1988): Structural Dependence of the State on Capital, in: *American Political Science Review*, vol. 82, S. 11-29.
- Riese, H. (1996): Haushaltskonsolidierung in der Krise? in: *Andere Zeiten* 3/96, S. 25-27.
- Rüstow, A. (1959): Sozialpolitik dieseits und jenseits des Klassenkampfes, in: Külp, B., Schreiber, W. (1971) (Hrsg.): *Soziale Sicherheit*, Köln, S. 17-26.
- SVR 1995/96 und 1996/97: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Jahresgutachten*, Stuttgart.
- Sarrazin, T. (1996): Mit Mut ist eine gute Steuerreform möglich, *FAZ* 10. 8. 1996.
- Schäfer, C. (1996): Mit falschen Verteilungs-'Götzen' zu echten Standortproblemen, in: *WSI-Mitteilungen* 10/96, S. 597-616.
- Steffen, J. (1996): Rentenfinanzen unter dem Einfluß des Arbeitsmarktes, in: *WSI-Mitteilungen* 4/96, S. 218-228.
- Tegtmeier, W. (1996): Umbau des Sozialsystems für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, in: *Ifo Schnelldienst* 24/96, S. 3-10.
- Teichmann, D., Vesper, D. (1996): Öffentliche Haushalte 1996/97: Finanzpolitik weiterhin auf schmalen Grat, *DIW-Wochenbericht* 35/96.
- Vobruba, G. (1989) (Hrsg.): *Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik*, Berlin.
- Wiesenthal, H. (1995): Die Transformation der DDR: ökonomische, politische und kognitive Koordinaten, in: Sahrer, H. (Hrsg.) (1995) *Transformationsprozesse in Deutschland*, Opladen, S.81-103.
- Zimmermann, K. F. (1993): Labour Responses to Taxes and Benefits in Germany, in: Atkinson, A.B., Mogensen, G.V. (1993) (Hrsg.): *Welfare and Work Incentives*, Oxford, S. 192-240.

Weltgewerkschaften: globalisierte Arbeitsplätze / Entwertung der Standorte

Abschied von der Konkurrenzgesellschaft Kirchen gegen Sozialabbau

Wieder sprüche der globalen Informationsgesellschaft

Globalisierung und peripherer Kapitalismus

Modell Deutschland? - Erneuerung der Solidargemeinschaft in Europa

Gegen den Neoliberalismus - für eine menschliche Gesellschaft

Feministische Politikgestaltung

Weltgesellschaft oder Kampf der Kulturen

Nachhaltigkeit der Globalisierung

# Globalisierung: Solidarität oder Barbarei

## volks uni 97

POLITIK,  
KULTUR UND  
WISSENSCHAFT  
IN BEWEGUNG



PFINGSTEN, 16. BIS 19. MAI 1997 IN BERLIN